



Alle Jahre wieder - DIE LINKE/future! und der Haushaltsplan für 2019

Der finanzpolitische Sprecher der Fraktion, Chris Scheunchen, hielt am 10. Dezember die Rede zur Haushaltsdebatte im Stadtrat

Die alljährliche Haushaltsverhandlung steht an und mit Blick auf die zu stemmenden Aufgaben wird deutlich: Es wird in den kommenden Jahren nicht leichter für uns.

Aber vorne weg, wie in jedem Jahr, ein Lob an den Bürgermeister Herr Zimmermann, aber auch besonders an Dr. Hartung, Herr Erxleben und das ganze Team des Finanzdezernates. Handwerklich wird wie gewohnt eine gute Leistung abgeliefert. Positiv ist hervorzuheben, dass der Jahresabschluss fast pünktlich entsprechend der gesetzlichen Regelungen eingereicht wurde. Hier beweist die Verwaltung gute Zusammenarbeit und wird dies in den

nächsten Jahren sicherlich noch zügiger erledigen. Damit sind wir vielen Städten ähnlicher Größenordnung voraus, welche die Fristen deutlich länger überschreiten. Zudem ist die Vorlaufzeit der Verfügbarkeit der Haushaltsdrucksache und der Zeitraum der Diskussion in den Ausschüssen dem Umfang der Drucksache angemessen, auch wenn es uns als ehrenamtlichen Stadträt*innen dennoch nicht leicht fällt angesichts der Komplexität der Doppik die Drucksache in ihrer gesamten Komplexität zu überblicken. Mit einem Finanzvolumen von 724 Millionen Euro wurde sich im Vergleich zum Vorjahr erneut gesteigert.

In dieser Ausgabe:

Stärkung des ÖPNV in Magdeburg voranbringen!	4
Dezember-Debatten/Haushaltsplan 2019	4
Fraktionsarbeit in Bildern	6
Einladung zum Jahresauftakt 2019	6

Die schwarze Null steht, alle Ausgaben sind entsprechend gedeckt. Fraglich ist nur, ob dies so bleibt. Schauen wir uns beispielsweise den Jahresabschluss 2017 an, den wir erst kürzlich auf der Sitzung am Donnerstag beschlossen haben. So hätten wir das Jahr mit einem Minus von 6 Millionen abgeschlossen, wären nicht die außerordentlichen Einnahmen, die letztlich ein Plus von über 5 Millionen Euro erzeugten. Geplant war damals übr-

Das hässliche Gesicht der Hartz-IV-Parteien: Keine Ausweitung der Anspruchsberechtigung für den Magdeburger Sozialpass

Während der Oberbürgermeister sich von CDU und SPD für den beschlossenen Haushalt loben lässt, gibt es für die ärmsten Bürger*innen der Stadt keine Verbesserungen im nächsten Jahr. Bei einem Rekordetat von fast 877 Millionen Euro lehnten die Stadtratsmitglieder von CDU und SPD es in der Stadtratssitzung ab, dass ab dem 1. Januar 2019 deutlich mehr Magdeburger*innen die Vorteile des Magdeburger Sozialpasses in Anspruch nehmen können. 100.000 Euro hatte die Fraktion DIE LINKE/future! dafür beantragt, einkommensschwache Bürger*innen besser zu unterstützen und die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nachhaltiger zu fördern (DS0424/18/1).

Mit dem Pass können die Befreiung vom Kostenbeitrag für Krippen, Horte und Kindergärten sowie Vergünstigungen im öffentlichen Personennahverkehr beantragt werden. Ermäßigte Gebühren gibt

es beim Besuch der städtischen Volkshochschule oder die Nutzung der Stadtbibliothek. Gesichert ist zugleich der Zugang zu den Kleiderkammern, den Suppenküchen und der Tafel. Angebote im Kultur-, Bildungs-, Sport- und Freizeitbereich können kostenlos bzw. zu einem ermäßigten Betrag wahrgenommen werden.

Immer wieder machen Sozialverbände deutlich, dass die Armutsentwicklung in unserer Stadt die Ausweitung der Antragsberechtigung notwendig macht. Denn nicht selten haben derzeit Rentner*innen mit geringem Einkommen und Geringverdiener*innen keinen Anspruch auf den Magdeburg-Pass, obwohl ihre Einkommen unter der Armutsgrenze liegen und sie kaum höhere Einkünfte als die Anspruchsberechtigten haben.

Augenscheinlich sind sich die Fraktion von CDU und SPD ihrer sozialen Verantwortung nicht bewusst, wenn sie mit



ihrer Entscheidung das hässliche Gesicht der Hartz-IV-Parteien zeigen. Trotz vieler Beteuerungen scheut sich die SPD-Fraktion im Stadtrat nicht, gegebene Versprechen zu brechen. Bereits im August 2017 hatten ihre Vertreter*innen im Stadtrat erklärt, dass man die Ausweitung der Anspruchsberechtigung für den Magdeburger Sozialpass unterstützen will. Geschehen ist bisher nichts. Die Fraktion DIE LINKE/future! lässt sich davon nicht beirren und streitet weiter für soziale Gerechtigkeit!

Oliver Müller, Karsten Köpp
Stadträte

gens ein Defizit von 1,85 Millionen. Eine Diskrepanz von 4 Millionen Euro. Angesichts einiger anstehender Projekte bleiben wir als Fraktion skeptisch, ob die schwarze Null im Jahr 2019 wirklich zu halten ist.

Ich möchte zunächst mit dem Positiven beginnen: So finden sich im Haushalt viele Punkte wieder, die uns als Fraktion besonders wichtig waren und immer noch sind und die zum Teil auch aufgrund unserer Initiativen auf den Weg gebracht wurden. Viel Geld fließt in Schulen und Kitas. Das können wir nur ausdrücklich unterstützen. Auch wenn wir uns bei einigen Grundschulen, beispielsweise Ottersleben eine andere Lösung der Standortfrage gewünscht hätten. Insgesamt können wir den gegangenen Weg der Verwaltung, also unabhängig von der Entscheidung der Finanzierung seitens des Landes den Neubau in Angriff zu nehmen, nur unterstützen. Wir hoffen, dass auch die erst kürzlich beschlossenen Neubauten entsprechend im Haushalt verbucht werden können, so sie es noch nicht vollständig sind. Nur so können wir die rechtzeitige Fertigstellung gewährleisten.

Auch die Ausweitung des Budgets des Kulturbereiches können wir angesichts der Bewerbung als Kulturhauptstadt nur unterstützen. Einzige Forderung unsererseits hierbei ist, dies auch beizubehalten und in den nachfolgenden Jahren nicht nachzulassen. Besonders einen möglichen harten Cut in der Finanzierung bei einer möglichen Ablehnung der Bewerbung, wovon wir aber zunächst nicht ausgehen, lehnen wir strikt ab. Kultur muss immer ein wesentlicher Bestandteil des Haushaltes bleiben.

Leider schränken große Infrastrukturmaßnahmen die Gestaltungsspielräume an anderen Stellen ein. Kritik am Tunnel äußern wir nun schon seit geraumer Zeit. Aber wenn dieses Vorhaben eine positive Eigenschaft hat, dann hoffentlich die, dass die Verwaltung bei Verfahren nun genauer hinschauen, Vorgaben und Zeitpläne genauer prüfen und bei der Vergabe schärfere Bedingungen formulieren wird, um anstehende Projekte im Kostenrahmen zu halten. Bereits jetzt und auch in der Zukunft hindert uns dabei ein schwerwiegendes Problem. Der Bauboom treibt die Preise in die Höhe, die Firmen überlegen sich angesichts

ihrer Personalsituation ganz genau, ob sie noch ein Angebot abgeben oder nicht. Und wenn, dann nur mit entsprechenden Aufschlägen. Jedes Projekt, welches wir zusätzlich auf den Markt werfen, verschärft diese Situation noch. Wir sind also aufgefordert noch genauer als bisher zu schauen, welche Projekte wirklich dringend notwendig sind und welche noch warten könnten. Wobei an einigen Stellen aus Sicht meiner Fraktion bisher zu lange gewartet wurde. Zunächst freuen wir uns, dass auch andere Fraktionen gemeinsam mit uns dem jahrelangen Wunsch meiner Fraktion nachkommen wollen und deshalb heute einige Anträge zum Thema Ausbau barrierefreier Haltestellen vorliegen. Zu lange wurden zudem Straßensanierungen herausgezögert. Sinn der Sache kann es heute hier jedoch nicht sein, pauschal per Änderungsantrag 1 Million Euro mehr für den Straßenbau im Haushalt einzustellen, ohne dabei zu untersetzen, in welche Vorhaben dies genau fließen soll. Bei der Planung müssen zusätzlich Geh- und Radwege entsprechend berücksichtigt werden. Dass dies bisher unzureichend geschehen ist, zeigt heute die Fülle von Anträgen zur Fuß- und Radwegeinfrastruktur. Denn Mobilität bedeutet eben auch abseits des motorisierten Individualverkehrs gute Bedingungen vorfinden zu können. Im vorliegenden Haushaltsentwurf haben schon viele Vorhaben in diesem Bereich ihren Platz gefunden. Dies ist mit Sicherheit auch darauf zurückzuführen, dass meine Fraktion in Zusammenarbeit mit Bündnis 90/Die Grünen in den letzten Jahren zu diesem Thema etliche Anträge an den Haushalt stellte. Wir begrüßen dies, haben jedoch noch einige marginale Änderungswünsche und würden uns freuen, wenn sich heute hier eine Mehrheit findet und diesen Wünschen nachkommen würde.

Doch weshalb laufen bestimmte Prozesse im Baubereich nicht so reibungslos wie gewünscht oder Vorhaben bleiben scheinbar liegen? Es handelt sich häufig um äußere Einflüsse. Im Bereich des Strombrückenzuges verzögert sich der Baubeginn durch eine Klage gegen das Vergabeverfahren. Die Entscheidung der Vertagung der Verhandlung auf einen späteren Zeitpunkt verurteilen wir zutiefst. Einzig sind unsere Möglichkeiten dagegen aufzubegehren von geringem Erfolg gekrönt. Die dadurch erwartbaren Mehrkosten werden uns von keiner Stelle erstattet. Damit steht uns das

nächste finanzielle Großprojekt ins Haus, bei dem der avisierte Kostenrahmen nicht haltbar sein wird. Dennoch ist der zügige Bau des Brückenzuges, trotz Mehraufwandes, aus Sicht meiner Fraktion zwingend notwendig, um die Verkehrseinschränkungen im ostelbischen Raum, die auch auf den sanierungsbedürftigen Zustand der Anna-Ebert-Brücke zurückzuführen sind, zu reduzieren. Die Bürger*innen vor Ort werden es uns danken. Wir stellen uns allerdings deutlich gegen alle Versuche, das existierende Naturschutzgebiet am Flusslauf der Elbe zu Gunsten neuer Verkehrsprojekte in Frage zu stellen.

Aber auch andere Einflüsse wirken sich auf den Verzug bestimmter Vorhaben aus. So sind allein im Baudezernat etwa 40 Stellen und damit 10 % des gesamten Dezernates unbesetzt. Natürlich bleiben angesichts solcher Zahlen Dinge liegen. Fördermittel gehen möglicherweise verloren, weil das Personal fehlt um alle Finanztöpfe entsprechend abschöpfen zu können. Wir müssen uns hier in Zukunft Gedanken machen, wie wir dieses Problem ganzheitlich gelöst bekommen. Denn dieses Problem umfasst alle Bereiche unserer Verwaltung. Auch wir mussten mittlerweile einsehen, dass sich Bewerbungsverfahren nicht schneller abarbeiten lassen, als es derzeit geschieht. Problem an der bisherigen Praxis ist, dass in der Vergangenheit Stellen unseres Erachtens nach zu lange nur intern ausgeschrieben wurden. Damit lösen wir die Personalprobleme nicht, wir verschieben sie lediglich. Vermehrt externe Ausschreibungen sind der Schlüssel dazu, die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung in Zukunft weiterhin in dem gewohnten Maße sicherzustellen. Einerseits bedeutet jede unbesetzte Stelle ein Sparpotenzial im Haushalt, andererseits bedeutet sie eben auch Verzögerungen in Abläufen aus denen dann nicht selten auch zusätzliche Kosten bei entsprechenden Vorhaben resultieren.

Apropos Stellen. Als Teil des Haushaltsplanes stimmen wir auch über den Stellenplan für das nächste Jahr ab. Dies ist rechtlich notwendig. Dennoch fragen wir uns, wo unser Handlungsspielraum als Stadtrat bei der Ausgestaltung dieses Planes ist. Bei Änderungsanträgen zu zusätzlichen Stellen, ich erinnere beispielsweise an unseren Antrag zu einer/einem Radverkehrsbeauftragten oder der/dem Beauftragten für Bürgerbeteiligung, wird seit Jahren in schöner

Regelmäßigkeit vom Oberbürgermeister Dr. Trümper gesagt, es sei völlig egal was wir beschließen, er habe ohnehin die alleinige Entscheidungsgewalt. Gleichzeitig sollen wir seinen Änderungen an den Personalplan aber zustimmen. Hier herrscht doch ein großes Ungleichgewicht und wir würden uns wünschen, dass vorgebrachte Wünsche auch akzeptiert und respektiert werden und die Verwaltung zumindest darüber nachdenkt, wie diese Vorschläge an entsprechenden Stellen in den nächsten Jahren eingearbeitet werden können. Wir Stadträte verfahren schließlich mit den Vorschlägen der Verwaltung ebenso fair.

Vergleichsweise wenig Kritik haben wir im Bereich des Sozialen. So möchten wir an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich lobend erwähnen, dass beispielsweise das Pflegenetzwerk sich deutlich verbessert hat und mittlerweile auch kleinere Projekte im Bereich der Betreuung unserer älteren Bürger*innen ab nächstem Jahr unkomplizierter gefördert werden.

Kritik müssen wir allerdings an der aus Kosteneinsparungsgründen angestrebten Zusammenlegung der drei zurzeit bestehenden Suchtberatungsstellen der Stadt üben. Diese haben sich bewährt und die Problematik hat sich in den letzten Jahren noch verschärft. Die Anonymität ist zurzeit besser gesichert, da zwei Stellen auch andere Beratungen anbieten, unter anderem eine, die sich speziell Kindern und Jugendlichen widmet.

Insgesamt ein sozialer Haushalt, wie Herr Zimmermann ihn immer nennt. Der prozentual größte Anteil fließt ins Sozialdezernat. Anders ist es unserer Ansicht nach auch nicht möglich und nicht wünschenswert. Viele der Kosten sind aber lediglich durchlaufende Posten, bei denen aufgrund gesetzlicher Vorgaben Geld von anderer Stelle durchgereicht wird. Doch die soziale Komponente muss uns das Wichtigste sein. Die vielen sozial schlechter gestellten Menschen in unserer Landeshauptstadt dürfen wir nicht abhängen. Wir müssen ihnen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, so

gut es eben geht. Besonders bedauerlich ist, dass die anderen Fraktionen dies mehrheitlich wohl anders zu sehen scheinen. So wurde jüngst in der Klausur des Finanzausschusses unser Antrag zur Ausweitung der Antragsberechtigung für den Magdeburg-Pass zu unserem großen Bedauern abgelehnt. Schade, wo doch beispielsweise im Bereich Mobilität einiges auf den Weg gebracht wurde. Ein erster Aufschlag für ein Sozialticket und zuletzt fordern auch andere Fraktionen kostenloses Fahren für Kinder und Jugendliche mit Bus und Bahn, nachdem meine Fraktion mit diesem Thema und unseren Initiativen jahrelang



Der Finanzpolitische Sprecher Chris Scheunchen während der Stadtratsberatung zum Haushaltsplan der Stadt für 2019

Ablehnung erfahren hat. Natürlich freuen wir uns über diese Dinge. Aber sie dürfen nicht der Schlussstrich sein. Wem nützt die Verbesserung der Mobilität, wenn der Zutritt zu Kultur, zu Bildung, zu Freizeitangeboten an den Eintrittspreisen scheitert. Auch mit 125 % des Bedarfes nach dem Dritten Kapitel SGB XII gilt man in Deutschland noch als arm. In Anhörungen mit Sozialverbänden wurde deutlich herausgestellt, dass die Armutsentwicklung in dieser Stadt sich nicht zum Besseren wendet. Besonders zu denken gibt dabei die Kinderarmut. So geht man davon aus, dass mindestens jedes fünfte Kind in Deutschland dauerhaft in Armut lebt. Für Magdeburg dürften diese Zahlen kaum abweichen. Wir fordern deshalb, dass jedes Kind in dieser Stadt, unabhängig vom Elternhaus, die gleichen Chancen bekommt. Die Ausweitung des Magdeburg-Passes kann nur ein Schritt auf dem Weg zur Bekämpfung dieses Zustandes sein. Aber umso wichtiger ist, dass wir diesen Schritt bereits jetzt

gehen. Um unserer Forderung Nachdruck zu verleihen, aber auch an das soziale Gewissen der Stadträte anderer Fraktionen zu appellieren, werden wir heute eine namentliche Abstimmung zu diesem Änderungsantrag beantragen. Vielleicht erwartet uns dann von einigen eine positive Überraschung.

Für andere Dinge scheint die Zeit aus unserer Sicht noch nicht reif. So würden wir gerne dem Antrag der Grünen bezüglich eines Bürger*innenbudget zustimmen. Unsere Befürchtung ist, dass die Gefahr des Scheiterns groß ist und dieses gute Ansinnen danach für einen großen Zeitraum ad acta gelegt wird. Stattdessen sollten wir uns gemeinsam dafür einsetzen, den Weg richtig vorzubereiten, um diesem Antrag Rechnung tragen zu können. So fällt es der Verwaltung oft schon schwer genug die Bürger in anderen Dingen entsprechend einzubinden. Nehmen wir nur mal das Beispiel zur Freilegung der Schrote. Erst während der Diskussion im Rat wurde die Drucksache so lange zurückgestellt, bis die Bürger*innen vor Ort einbezogen wurden. Dann erst wurde eine Bürger*innenversammlung durchgeführt. So etwas muss bereits vorher initiiert werden. Auch muss den Menschen vor Ort die finanzielle Tragweite der Maßnahmen erläutert werden. Erst dann können wir darüber reden, die Bevölkerung mit dem Konzept des Bürger*innenbudgets vertraut zu machen. Wir sollten noch einmal in uns gehen und überlegen, wie wir dieses Projekt am besten vorantreiben. Dazu bedarf es zunächst einmal eines entsprechenden Konzeptes. Und dann können wir auch gerne darüber reden, ob wir 250.000 € als Bestimmungsgrundlage für ausreichend halten oder ob wir noch etwas mehr draufsetzen möchten.

Egal, wie wir uns heute hier entscheiden, wir würden dem neu zu wählenden Stadtrat eine große Last auf. Stichwort: Verschuldungsobergrenze. Denn diese hätten wir, gegen den ausdrücklichen Willen meiner Fraktion, nicht beschließen müssen, wenn wir von ihr noch weit entfernt wären. Ich sprach bereits über außerplanmäßige Erhöhungen der Kosten bei Bauprojekten, über große Finanzvolumen bei Projekten wie der Stadthalle oder eben den Schulen, die wir auch alle für richtig halten. Sie bedeuten aber auch ein Investitionsvolumen in diesem Haushalt, welches es in solcher Höhe über lange Zeit nicht gab. Und diese

Investitionen gehen leider auch zu Lasten unserer Verbindlichkeiten. Wir haben heute, aber auch in den vergangenen Jahren, zu genüge darüber gesprochen, welche Projekte aus Sicht meiner Fraktion nicht zwingend notwendig gewesen wären. Letztlich unterliegen aber auch wir einer Stadtratsmehrheit und akzeptieren demokratisch getroffene Beschlüsse. Einzig schmälern sie unseren Handlungsspielraum für Projekte in den nächsten Jahren. Und auch heute werden sich

angesichts der Fülle an Änderungsanträgen viele hier im Raum wohl mindestens zweimal überlegen, welchen Anträgen sie ihre Zustimmung geben. Die Ergebnisse der Finanzausschussklausur zeigten bereits, dass ein Teil unserer Anträge heute keinen Anklang finden wird. Wir bedauern dies sehr, gestalterische Kommunalpolitik stellen wir uns anders vor.

Chris Scheunchen
Finanzpolitischer Sprecher der Fraktion

(Es gilt das gesprochene Wort)

Ergänzung der Redaktion:

Die Fraktionsmitglieder haben sich am Ende einer langen Debatte um diverse Änderungsanträge mehrheitlich zum Haushaltsplan enthalten, Stadtrat René Hempel stimmte dagegen. Nicht, weil die eingebrachten Vorschläge nicht wichtig und richtig sind, sondern, weil die Fraktion noch mehr Spielraum für wichtige Vorhaben sieht.

Stärkung des ÖPNV in Magdeburg voranbringen!

In den kommenden Wochen wird sich im Stadtrat maßgeblich zeigen, welche strategische Ausrichtung die Mobilität in Magdeburg nehmen wird. Nachdem auf der Grundlage einer Initiative der LINKEn bereits entschieden worden ist, in der Landeshauptstadt ein Sozialticket einzuführen, ist nun ein weiterer großer Schritt möglich: ein kostenloses Fahrangebot für alle Kinder und jungen Menschen unter 18 Jahre.

Mobilität ist für DIE LINKE die Grundvoraussetzung für soziale und kulturelle Teilhabe aller Menschen in unserer Stadt. Egal ob die Kinder zum Sportverein, zur Bibliothek fahren wollen oder sich einfach nur mit ihren Freund*innen treffen. All dies wäre möglich; unabhän-

gig vom Geldbeutel ihrer Eltern. Dies wird von einem nicht zu unterschätzenden Nebeneffekt begleitet. Erstmals wächst dann eine Generation heran, die kostenfrei und umweltbewusst ohne ein Auto besitzen zu müssen, mobil sein kann. Diese notwendige Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs hätte eine drastische Reduzierung des innerstädtischen Verkehrs zur Folge. Es verwundert daher nicht, dass die konservativen und neoliberalen Autolobby-Parteien sich dieser Maßnahme entgegensetzen.

Nach den dramatischen Auswirkungen der Hitzeperiode des letzten Sommers als Folge des Klimawandels ist es die dringende Aufgabe der rot-rot-grünen Mehr-

heit im Stadtrat konsequent Entscheidungen zu treffen, die ökologisch nachhaltig und sinnvoll sind. Wir, DIE LINKE., werden darauf achten, dass die soziale Komponente einer guten Klima- und Verkehrspolitik nicht vergessen wird.

René Hempel
Stadtrat



Dezember-Debatten im Magdeburger Stadtrat zwischen Ottostadt, ÖPNV-Vermarktung und jeder Menge Änderungsanträge für den Haushaltsplan 2019

Zur letzten regulären Sitzung des Stadtrates in 2018 brachte die Fraktion DIE LINKE/future! neun Anträge und sechs Anfragen ein. Doch bevor diese dran waren, stand – wie an jedem Jahresende – die Fortführung der Dachmarkenkampagne Ottostadt Magdeburg 2019 auf der Tagesordnung. Lange Zeit ging die Fraktion gegen diese Kampagne vor, denn nicht alle damit einhergehenden Investitionen schienen schlüssig, doch nun besteht das Konzept seit über 3 Jahren und eine gewisse

Präsenz in den Köpfen der Magdeburger unterstellen nun auch wir. Der Änderungsantrag von den Grünen traf den Nerv der Fraktion, denn auch sie halten „otto reitet“ und „otto macht mode“ für in ihrer Wirkung fragwürdige Teilprojekte der Kampagne und wollten diese aus dem Konzept gestrichen sehen. Die Fraktion stimmte diesem Änderungsantrag also zu, eine Mehrheit lehnte ihn jedoch ab und das Konzept wurde – samt Reiter und Nerz – beschlossen. Stadtrat Oliver Müller wagte im Zusammenhang mit dieser Drucksache den Hinweis auf seine Anfrage F0278/18 zur Willkommenskultur am Hauptbahnhof, mit der er anfragt, welche Möglichkeiten bestehen, im Benehmen mit dem Management des Magdeburger Hauptbahnhofs und der DB die Ansage analog der Dachmarkenkampagne zu ändern. Erste Vorschläge von Stadtrat Müller: „Ottostadt“ oder „Landeshaupt- und Universitätsstadt“.

Eine Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 178-7.1 "Elbe-Hafen-Silo" (DS0433/18) erregte erneut Aufmerk-



Stadtrat René Hempel ist erstaunt darüber, dass laut CDU 90% der Studierenden Autos besitzen

samkeit, denn eine durch die Grünen initiierte Debatte zur Parkplatzsituation vor Ort ließ einige Mitglieder der Fraktion DIE LINKE/future! schier rasen vor Wut. Stadtrat René Hempel musste sich zu Wort melden, als es plötzlich seitens der CDU hieß, dass heutzutage 90% der Studierenden ein Auto haben und daher entsprechende Stellplätze auch für kleine Wohnungen, die vorrangig für die Studenten der Universität angedacht sind, vorgehalten werden. Die Fraktion enthielt sich bei der Abstimmung dieser Drucksache.



Stadtrat Oliver Müller bringt seine Anfrage zur Willkommenskultur am Hauptbahnhof ein

Stadtrat Dennis Jannack erläuterte seinen Antrag zur *Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung an weiterführenden Schulen* (A0012/18), der als Wiedervorlage aus dem Februar dieses Jahres auf der Dezember-Tagesordnung stand. Die Stellungnahme der Verwaltung ist recht positiv und auch ein Grünen-Stadtrat sprach seine Dankbarkeit für den Hinweis auf die Thematik in Richtung des Antragsstellers aus. Stadtrat René Hempel weiß zu ergänzen, dass vielen Eltern noch nicht einmal bewusst ist, dass sie Anspruch auf diese Betreuungsform für ihre Kinder haben. Um genügend Kapazitäten vorhalten zu können, erfolgt nun also nach dem laufenden Schuljahr eine Abfrage, wie hoch der Bedarf ist. Auch die Sicherheit im Bereich von Straßenbahnhaltestellen macht Stadtrat Jannack während der Sitzung ebenfalls aufmerksam. Er selbst nutzt täglich den öffentlichen Personennahverkehr und erlebt es leider viel zu oft, dass Autofahrer mit viel zu hoher Geschwindigkeit den Bereich der Straßenbahnhaltestellen durchfahren, obwohl die Bahn bereits einfährt und die Fahrgäste auf die Straße treten. Der Antrag A0159/18 *Straßenbahnhaltestellen sicherer machen* greift eben dies auf und fordert die Verwaltung auf, entsprechende Maßnahmen, wie beispielsweise Fahrbahnmarkierungen, zu prüfen. Glücklicherweise sieht das auch eine Mehrheit im Stadtrat so. Der Antrag wurde beschlossen.

Die Attraktivität des Olvenstedter Platzes soll mithilfe eines Antrages gesteigert werden, den der Oberbürgermeister beauftragt, in der Mitte Wasserspiele oder einen Brunnen errichtet zu errichten. Auch soll geprüft werden, ob eine sinnvolle Ergänzung (z.B. themenspezifisch) zum geplanten Spielplatz am Olvenstedter Platz möglich ist. Der Antrag *Wasserspiele auf dem Olvenstedter Platz* (A0163/18) wurde vorerst in die Ausschüsse überwiesen. Ebenso erging es dem Antrag *Baumpatenschaften besser bewerben* (A0164/18) der Fraktion, mit dem die Stadtverwaltung aufgefordert wird die Aktion „Baumpatenschaften“ mit einer Werbeaktion besser zu vermarkten.



Stadtrat Oliver Wendenkamp (future! - Die junge Alternative) während der Debatte im Stadtrat am 6. Dezember

Mit dem Antrag A0166/18 *ÖPNV-Vermarktung touristischer Ziele und Sehenswürdigkeiten im marego.-Verkehrsverbund* wollte die Fraktion die Verwaltung anregen - idealerweise unter Zuhilfenahme von Partner

wie der MMKT, MVB und Weiße Flotte u.a.m. - sich dafür einzusetzen, dass im marego.-Verkehrsverbund nach Möglichkeit beginnend mit dem nächsten Fahrplan-



Stadtrat Dennis Jannack spricht zum Antrag A0012/18 im Stadtrat am 6. Dezember

wechsel regelmäßig ein informatives Kundenmagazin sowie zum besseren Marketing der Erreichbarkeit touristischer (Nah)Erholungsziele unserer Landeshauptstadt und der Region mit dem ÖPNV im marego.-Gebiet Infobroschüren/Werbeflyer usw. erscheinen und an den bekannten Informations- und Verkehrsstellen der marego.-Partner ausgelegt werden. Eine Mehrheit im Rat stimmt jedoch dagegen. Stadtrat Karsten Köpp legte mit dem Antrag A0165/18 *Mehr hauptamtliche Beauftragte für die Landeshauptstadt prüfen* ein Augenmerk auf die eher schwach organisierten Interessierten und auch sozial benachteiligte Menschen. Er fordert in einem Antrag den Oberbürgermeister auf zu prüfen, ob es zukünftig weitere hauptamtliche Beauftragte in der Stadt Magdeburg geben sollte, insbesondere für Seniorinnen und Senioren, für Geflüchtete, zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Einwohnerinnen und Einwohnern, für Bürger(innen)beteiligung und Partizipation sowie zur Förderung des Radverkehrs. Auch mit diesem Ansinnen stand die Fraktion DIE LINKE/future! leider nahezu alleine da, denn der Prüfantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsanträge zur Haushaltsberatung für 2019

Mit 13 Änderungsanträgen zum Haushaltsplan für 2019 im Gepäck traten die Fraktionsmitglieder die letzte und gleichwohl bedeutendste Sitzung des Jahres an. Mit der Ausweitung der Antragsberechtigung des Magdeburg-Passes (DS0424/18/1 Haushaltsplan 2019 - Antragsberechtigung für den MD-Pass ausweiten) beantragte die Fraktion den Oberbürgermeister, seiner sozialen Pflicht für die Einwohner der Stadt nachzukommen. Leider ist eine Mehrheit aus SPD und CDU der Ansicht, dass sie den Ärmsten nichts schuldig sind und lehnte diesen Änderungsantrag ab. (Siehe dazu Pressemeldung auf Seite 1 dieser Ausgabe.)

7.500€ wünschte sich Stadtrat Oliver Müller für die Aufwertung des Straßenbegleit-

grüns in der Halberstädter Straße (DS0424/18/60 *Aufwertung des Straßenbegleitgrüns in der Halberstädter Straße*) und die soll er auch bekommen. Der Stadtrat stimmte dem zu.

Für die Ausweisung eines Radweges oder Radstreifens in der Sudenburger Wuhne zwischen Jordanstraße und Halberstädter Straße (DS0424/18/62 *Radweg - Sudenburger Wuhne*) und die *Sanierung defekter Fußwege* in den Stadtteilen (DS0424/18/63) wollte sich jedoch leider keine Mehrheit finden.

Auch ein Programm für mehr Barrierefreiheit durch abgesenkte Bordsteine (DS0424/18/61 *Bordstein-Programm für ein barrierefreies Magdeburg*) fand keine Mehrheit.

Mit der Aufstellung von stationären Geschwindigkeitsmessgeräten in den Stadtteilen Fermerleben, Salbke und Westerhüsen sowie im Ortsteil Beyendorf-Sohlen erhoffte sich die Fraktion Prävention vor Unfällen und eine Lärminderung. Auch dieser Änderungsantrag wurde abgelehnt. Einen Teilerfolg gab es jedoch für den Änderungsantrag DS0424/18/66 *Erhöhung des Budgets für das Lesezeichen Salbke*. Immerhin wurde Punkt 3, also die Mittel für die mobile Jugendarbeit in Südost sind zu erhöhen, um für die Kinder und Jugendlichen, welche das Lesezeichen Salbke als Treffpunkt nutzen, einen festen Anlaufpunkt zu schaffen, beschlossen.

Der interfraktionelle Änderungsantrag zur Unterstützung für die *Erweiterung der Angebote „Familienhaus im Park“* (DS0424/18/29) wurde beschlossen. Der ebenfalls interfraktionell gestellte Änderungsantrag *Eine Stadt für alle - Initiative Weltoffenes Magdeburg* (DS0424/18/31), der die Landeshauptstadt Magdeburg auffordert, die Initiative „Eine Stadt für alle - Weltoffenes Magdeburg“ bei der Durchführung einer Aktionswoche „Weltoffenes Magdeburg“ rund um den 16. Januar zu unterstützen, wurde ebenfalls beschlossen. Die Finanzierung zur Fortsetzung der Aufstellung von sicheren Fahrradanhängern - gemeinsam mit CDU, SPD und den Grünen gestellt (DS0424/18/55 *Bedarfsgerechte Fahrradabstellanlagen*) - ging diskussionslos durch.

Die Fraktion stellte gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgende gemeinsame Änderungsanträge: DS0424/18/48 *Aufstockung GWA-Initiativfonds* und DS0424/18/12 *Öffentlichkeitsarbeit für Radverkehr* - beide wurden abgelehnt. Einzig dem Änderungsantrag DS0424/18/45 *Elektrofahrzeug für Stadtbibliothek* wurde mehrheitlich zugestimmt.

Janine Schmidt
Fraktionsassistentin
Fotos: S. Brüning/J. Schmidt

Fraktionsarbeit in Bildern

Gleich zwei Schulen durfte ich mit einer Kartenspende für den 10. Behindertentag des 1. FC Magdeburg eine Freude machen.



Herausgeber:

Fraktion DIE LINKE/future! im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg

V.i.S.d.P.:

Oliver Müller, Fraktionsgeschäftsführer
Redaktion: Janine Schmidt,
Fraktionsassistentin
Grafiken designed by pixabay

Für den Inhalt der Texte haften die jeweils genannten Autorinnen und Autoren.

Soweit personenbezogene Bezeichnungen im Feminin oder Maskulin stehen, wird diese Form aus Gründen der besseren Lesbarkeit verallgemeinernd verwendet und bezieht sich auf beide Geschlechter.

Adresse:

Alter Markt 6

39 104 Magdeburg

Tel: 039 1/540 22 26

Fax: 039 1/540 25 29

E-Mail: DIELINKE.Fraktion@magdeburg.de

Internetseite:

www.dielinke-magdeburg.de/stadratsfraktion

Fraktionstermine Januar 2019

14.01.2019, 17:00 Uhr

Kommunalpolitischer Jahresauftakt der Fraktion im Kaiserin-Adelheid-Foyer, Rathaus

21.01.2019, 17:00 Uhr

Fraktionsberatung im Rathaus, Raum 340

24.01.2019, 14:00 Uhr

Stadtratsberatung im Rathaus, Ratssaal

Senden Sie uns eine E-Mail und wir schicken Ihnen unser

lerinnen und Schüler der Förderschule „Am Fermersleber Weg“ waren glücklich über die so ermöglichte Teilnahme am Spiel des großen 1. FCM gegen Bochum.

Der nächste Übergabetermin erfolgte in der Grundschule „An der Klosterwuhne“. Hier werden die Karten über die Schulsozialarbeit des Deutschen Familienverband Sachsen-Anhalt e.V. an Schülerinnen und Schüler verteilt. Gleichzeitig konnte ich an beiden Schulen vor Ort ein Gespräch über die derzeitige Situation der Schulen und der Schulsozialarbeit im Land Sachsen-Anhalt ein kurzes Gespräch führen -

Die Förderschule „Hugo-Kükelhaus“ in Reform hatte zum Weihnachtsmarkt in ihrer Schule eingeladen. Durch Schüler selbst hergestellte Weihnachtsbasteleien, Gegrilltes und Glühwein ließen festliche Weihnachtstimmung aufkommen. Aus dem Erlös werden neue Projekte der Schule finanziert. Auch Stadträtin Monika Zimmer war als Mitglied des Gesundheits- und Sozialausschusses eingeladen. Den Schülern merkte man die Freude über das Interesse an ihren Bastelarbeiten an, aber auch den Stolz auf das Ergebnis ihrer Mühen.

Fotos: D. Jannack



und ein etwas längeres mit den Schülerinnen und Schülern.

Ich ist gut zu wissen, dass viele Menschen, Einzelpersonen und Firmen, eine so wichtige Sache wie den Behindertentag des 1. FCM unterstützen. Ich habe mir vorgenommen, dies auch im nächsten Jahr zu tun.
Blau-weiße Grüße

Dennis Jannack
Stadtrat



Fotos: M. Zimmer



Einladung zum Jahresauftakt 2019

Die Fraktion DIE LINKE/future! im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg lädt herzlich ein zum Neujahrsauftakt, der am **Montag, den 14. Januar 2019, ab 17.00 Uhr im Kaiserin-Adelheid-Foyer des Rathauses** in Form eines Bürger/innen-Empfangs stattfinden wird.

Wir freuen uns darauf, mit Ihnen bei Speis' und Trank ins Gespräch zu kommen und gemeinsam auf das noch junge Jahr anstoßen zu können. Dabei ist es uns wichtig zu erfahren, welche Erwartungen Sie an das Wirken unserer Stadtratsfraktion haben, in welchen Bereichen wir noch tatkräftiger sein müssen und welche Projekte es künftig zu unterstützen gilt, damit unser Magdeburg für seine Bürgerinnen und Bürger noch mehr zu einer modernen und liebenswerten Stadt für alle, zu einer Stadt zum Leben, Bleiben und Wohlfühlen wird.

Wir würden uns sehr freuen, Sie unter unseren Gästen zu wissen!

Ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein friedliches Jahr 2019 wünschen Ihnen die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE/future!

Über eine Rückinformation zur Teilnahme bis 07.01.2019 unter Tel.: 540 2226 oder Fax: 540 2529 oder E-Mail: DIELINKE.Fraktion@stadt.magdeburg.de wird freundlich gebeten.